



Blitzlicht

Juli 2012 - Nachtrag

Aktuelle Informationen von BTB / dbb

**Inhalt: Entschließung des BTB Gewerkschaftstages 2012
Berücksichtigung von Studienzeiten als ruhegehaltfähige
Dienstzeiten in der Beamtenversorgung von Bund und
Ländern**

Entschließung des BTB Gewerkschaftstages 2012

Fachstellen mit Fachkräften besetzen

Die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im dbb beamtenbund und tarifunion (BTB) fordert anlässlich der Festveranstaltung im Rahmen ihres Gewerkschaftstages und zu ihrem 50-jährigen Bestehen in Berlin, die öffentlichen Arbeitgeber und Dienstherren auf, verstärkt Fachstellen des technischen naturwissenschaftlichen Dienstes mit Fachkräften, Meistern, Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern zu besetzen. "In vielen Bundesländern gibt es kaum noch Bauabteilungen, die von einem Ingenieur geleitet werden. Bei den oberen und obersten Landesbehörden sieht es nicht besser aus", stellte der BTB Bundesvorsitzende Dipl.-Ing. Bernd Niesen in seiner Ansprache vor Vertretern des öffentlichen Lebens und BTB-Delegierten fest. Der Fachkräftemangel bei Technikern und Ingenieuren ganz allgemein habe in der letzten Zeit diesen Trend noch verstärkt. Er begrüßte aber, dass staatliche technische Aufgaben in Bayern seit über 120 Jahren von einer hervorragend funktionierenden und anerkannten Staatsbauverwaltung unter dem Dach der Obersten Baubehörde im Bayer. Staatsministerium des Innern wahrgenommen werden, auch die Wasserwirtschaftsverwaltung in Bayern ist ein positives Beispiel.

Verschiedenste Berufsgruppen in der öffentlichen Verwaltung, z.B. Juristen, Volkswirte und Politologen, drängen mit Macht in die Führungspositionen der technischen Verwaltungen und tragen so zum Verlust der Attraktivität von öffentlichen Arbeitgebern für Ingenieure und Naturwissenschaftler bei.

In Zeiten, in denen der Rotstift die Stellenpläne beherrscht, muss eine effiziente Stellenbewirtschaftung betrieben werden. „Im Klartext heißt dies: Wo Fachstelle drauf steht, muss auch Fachverstand drin sein“, machten die Delegierten unmissverständlich klar.

Zunehmend führt die Besetzung von technischen Fachstellen mit fachfremdem Personal, in den Kommunal-, Landes-, Bundesverwaltungen und Landesbetrieben, zum Wettbewerbsnachteil für die Auftragnehmer öffentlich technischer Leistungen.

Der BTB weist seit Jahren immer wieder darauf hin, dass gerade fachfremd besetzte „Entscheiderstellen“ in den Führungsfunktionen auch erhebliche Mehrkosten bedeuten können. Es ist deshalb vordringlich, Führungsfunktionen mit Technikern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern zu besetzen. Seit geraumer Zeit erhält der BTB von prominenter Seite Unterstützung für seine Forderungen. Es sind die Kammern der freiberuflichen Ingenieure und Architekten und die Ingenieurverbände, die, wie zuletzt der Präsident der Baden-Württembergischen Ingenieurkammer, "Mehr Ingenieure in den Landesdienst!" fordern.

Die freiberuflichen Kollegen, die Ingenieurbüros und Auftragnehmer von öffentlichen Bauleistungen vermissen mehr und mehr die Fachkompetenz in den "Amtsstuben". Aber auch andere Ingenieurverbände stellen fest, dass Beratende Ingenieure ein fachlich adäquates Gegenüber in den Dienststellen brauchen, um selbst eine fachlich einwandfreie und wirtschaftlich günstige Lösung von technischen-naturwissenschaftlichen Problemen der öffentlichen Hand anbieten zu können, das heißt: Qualifizierte Ingenieure in die Verwaltungen.

Um das zu erreichen, fordern die Kammern und Verbände auch deutlich bessere Rahmenbedingungen für Jungingenieure im öffentlichen Dienst. So müssten z.B. die Einstiegsgehälter attraktiver gestaltet und bessere Aufstiegschancen geboten werden. Der technische öffentliche Dienst müsse beim Wettlauf um die guten Köpfe mithalten können, wenn die Fachkompetenz gesichert werden solle. Die Politik – vor allem in Ländern und Kommunen – muss diese Mahnungen endlich ernst nehmen und für deutliche Verbesserungen im technischen und naturwissenschaftlichen Dienst sorgen.

Die Delegierten des BTB-Gewerkschaftstages fordern die öffentlichen Arbeitgeber bei Bund, Ländern und Kommunen auf, endlich dafür Sorge zu tragen, dass z.B. sicherheitsrelevante Entscheidungen, die oftmals Leib und Leben von Menschen betreffen, nur von qualifizierten Ingenieurexperten getroffen werden.

So muss der Bund auch endlich Finanzmittel zur Finanzierung des gerade in Kraft gesetzten Fachkräftegewinnungsgesetzes, das bessere Einstiegsbedingungen für Ingenieure bringt, in die Haushalte einstellen und die Länder sollten endlich dieses Gesetz nachvollziehen.

Der technische und naturwissenschaftliche Dienst ist ein wesentlicher Standortfaktor für das Gemeinwesen in Deutschland.

Der Bundeshauptvorstand ist vom 18. bis zum 20. Juni 2012 in Berchtesgaden zu seiner turnusgemäßen Frühjahrssitzung zusammengekommen. Wir möchten über einen wichtigen Beschluss informieren:

Berücksichtigung von Studienzeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeiten in der Beamtenversorgung von Bund und Ländern

Die Berücksichtigungsfähigkeit von Studienzeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit ist nach Ansicht der Grundsatzkommission für Besoldung und Versorgung ein wichtiges Instrument der Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Der Bundeshauptvorstand ist dieser Auffassung gefolgt und hat folgendes festgelegt:

Nach der „Föderalismusreform I“ ist auch das Beamtenversorgungsrecht mittlerweile vermehrt starken Veränderungen und negativen Auseinanderentwicklungen unterworfen.

So erfolgt heute eine unterschiedliche Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung von Studienzeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit in Bund und Ländern.

Studienzeiten sind aber kein Selbstzweck, sondern extern erlangte und erforderliche Zugangsvoraussetzungen für viele Beamtenlaufbahnen. Der dbb ist deshalb der Auffassung, dass die Anerkennung von Fachhochschul- und Hochschulzeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit grundsätzlich notwendig ist. Ohne Berücksichtigung von Vordienstzeiten außerhalb des Beamtenverhältnisses bei der Bemessung der ruhegehaltfähigen Dienstzeit ist zudem die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber stark beeinträchtigt.

Der dbb fordert die Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, bei der Gestaltung ihres Versorgungsrechts die notwendige Grundeinheitlichkeit bei wesentlichen Bestimmungen zu beachten und zu gewährleisten. Die bei vielen Dienstherrn verringerte Berücksichtigung von Studienzeiten in der Beamtenversorgung sind aus gesamtstaatlicher Warte und aus Gerechtigkeitsgründen falsch, bewirken eine gravierende Behinderung des Personalaustausches zwischen den Beamtenkörpern von Bund und Ländern und mindern die Attraktivität für den dringend benötigten qualifizierten Nachwuchs.

Nur eine mitgliedsstarke Organisation bewegt was!!!

Start smart - Mitgliederwerbung 2012

NUR GEMEINSAM GIBT ES EIN GANZES!



Als Mitglied des BTB Hessen ist Ihnen eine starke Vertretung Ihrer Interessen ebenso sicher wie die kompetente Hilfe bei Fragen am Arbeitsplatz. Die Kolleginnen und Kollegen des BTB Hessen kennen diese Fragen, die sich in der technisch-naturwissenschaftlichen Verwaltung ergeben, da sie selbst dort arbeiten. Rechtsberatung und Rechtsschutz durch Spezialisten, Informationen und Seminarangebote sind weitere Leistungen, an denen Sie als Mitglied partizipieren. Auch sind Sie sicher, nach Tarif bezahlt zu werden. Dafür sorgt die dbb tarifunion, der tarifpolitische Dachverband des BTB. Dbb tarifunion und BTB zusammen bieten beides: individuelle, praxisbezogene Hilfe und Unterstützung im beruflichen Alltag genauso wie eine konsequente, kämpferische Interessenvertretung auf allen Ebenen.



HESSEN

- **konsequent**
- **kompetent**
- **kollegial**

Sprechen Sie unsere Obleute in Ihren Dienststellen vor Ort an, sie helfen und beraten gerne.

www.btb-hessen.de

Herausgeber:

BTB Hessen Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im DBB - Beamtenbund und Tarifunion

Geschäftsstelle, Thorwaldsenanlage 53, 65195 Wiesbaden, E-Mail: mail@btb-hessen.de

Verantwortlich: Landesvorsitzender Dr. Detmar Lehmann

